

Transparenz im geplanten Genehmigungsverfahren „Schweinefabrik Allstedt“ wurde im Landtag debattiert

Die Sorgen der Bürgerbewegung „Contra Schweinefabrik im Ziegelrodaer Forst“ aufnehmend, debattierte der Landtag am 11. November 2005 einen Antrag der SPD-Fraktion zur weiteren Verfolgung des Investitionsvorhabens Flugplatz Allstedt (gemeint ist die Schweinefabrik). Die Landesregierung sollte durch das Parlament beauftragt werden, insbesondere zu wichtigen Phasen im Laufe des Genehmigungsverganges in den zuständigen Ausschüssen zu berichten. Gleichzeitig wurde im Antrag die Empfehlung ausgesprochen, der Landtag der 5. Wahlperiode, also nach den nächsten Wahlen am 26. März 2006, solle diese Kontrollfunktion weiter fortführen.

Als stille Beobachter hatten wir die Gelegenheit einen Teil der Landtagsdebatte zu verfolgen. Uns interessierte vor allem, wie sich unser Landtag für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einsetzt. Was wir erlebten und von der Tribüne beobachten konnten, war jedoch eine Fortsetzung von Ungereimtheiten und Peinlichkeiten.

Nachdem der Antrag von der SPD-Abgeordneten, K. Fischer, sachlich vorgetragen, insbesondere nochmals auf das Entwicklungspotenzial der Liegenschaft im Kampf gegen Abwanderung, hohe Arbeitslosigkeit und zunehmende Überalterung hingewiesen wurde, glaubte man, nun könne eine fruchtbare Diskussion beginnen, die von den Sorgen und Befürchtungen getragen ist. Weit gefehlt! Bis auf den Beitrag der Linkspartei, M.Höhn, der ein schlüssiges Konzept zur Entwicklung der Region forderte, wurden keine konstruktiven Redebeiträge gehalten.

Ungereimtheiten, wie sie seit zwei Jahren zu verfolgen sind, setzen sich auch im Landtag fort. Es sei nur daran erinnert, dass durch falsche und unterbliebene Aussagen der Vertreter des Finanzministeriums die Abgeordneten getäuscht oder hinters Licht geführt wurden. So z.B. durch die Aussage, die umliegenden Kommunen wären mit der Veräußerung an den Schweineinvestor einverstanden gewesen. Wir fragen, welche Kommunen waren gemeint - Allstedt, Winkel, Lodersleben, Gatterstädt, Ziegelroda, Landgrafroda, Querfurt, Heygendorf oder Wiehe? Man kennt scheinbar nicht nur unsere Gegend nicht, sondern auch nicht die Meinung der Bevölkerung und der sie vertretenden Räte.

Transparenz ist also ein sehr wichtiges Gut, wenn es offen und ehrlich zugeht.

Deshalb begrüßen wir jede Aktivität unserer Volksvertreter mehr Durchsicht in derartige Prozesse einzubringen.

Allerdings fragen wir uns, was es soll, wenn schon wieder mit Haken und Ösen gearbeitet wird. Es macht uns schon stutzig, wenn auf den Antrag der SPD seitens der Regierungsparteien von CDU und FDP ein Änderungsantrag eingereicht wird, der letztlich auch wegen Stimmenmehrheit der Koalition so beschlossen wurde, Einschränkungen und Bemäntelungen vorgenommen werden. Wie anders soll es gedeutet werden, dass im Beschluss der Hinweis auf eine Weiterführung der Berichterstattung im Landtag der nächsten Wahlperiode fehlt. Oder, warum in der Begründung von CDU und FDP von einer bereits vielerorts Inbetriebnahme von Anlagen mit ca. 20.000 Schweinen gesprochen wird. Warum diese Verniedlichung? Will man verschweigen, dass es im Ziegelrodaer Forst um 100.000 oder neuerdings „nur“ um 55.000 Schweineplätze geht, die in einem sensiblen Terrain entstehen sollen? Wir fragen uns, warum wurden die Hinweise der SPD und Linkspartei in der Debatte, die auf diese Unterlassungen bzw. nicht präzisen Wortlaut hinwiesen, nicht ausdiskutiert. Anstelle dessen wurde auf Nebenkriegsschauplätze ausgewichen und wurden Rechtfertigungen gesucht, wurden beim politischen Gegner Versäumnisse vorgekehrt, freute man sich diebisch, wenn man der Gegenpartei eins Auswischen konnte.

Wahrhaft, keine gute Referenzen für dieses „Hohe Haus“. Von der Tribüne beobachtet, wu-

selte ein jeder vor sich hin, las man Zeitungen, wurden Gespräche geführt, die von einer großen Unaufmerksamkeit zeugten und von fehlendem Respekt vor den Rednern und dem Präsidium des Parlaments. Welche Gedanken müssen dabei den Schülern, Arbeitslosen oder auch den täglich um Arbeitsaufträge ringenden Bürgern, die dieses Schauspiel erlebten, durch den Kopf gegangen sein?

Wir fragten uns, warum wurden unsere Probleme nicht mit dem gebührenden Ernst behandelt. Anstelle dessen gewann man einen Eindruck, dass auf unsere Kosten kleinkarierte Grabenkämpfe ausgetragen werden.

Am Beispiel des Verkaufs des Allstedter Flugplatzes ist abzulesen, wie sich eine falsche Entscheidung an die andere reiht, wie Gefahren missachtet, wirtschaftliche Entwicklungen hinausgezögert, eine kulturhistorisch wertvolle Region abgewertet wird.

Auch deshalb waren wir enttäuscht, dass von den CDU-Landtagsabgeordneten unserer Region A. Schröder und N. Rotzsch keine Stellung für unsere Heimat bezogen wurde. Schade, das wäre eine Gelegenheit gewesen.

Hoffen wir also künftig auf mehr Transparenz und Zielstrebigkeit im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger.

Hans-Dieter Krause, Allstedt

Ingo Lischke, Lodersleben